



# JA ZUR GRÜNEN WIRTSCHAFT

---

Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»

In der Schweiz steigen die Abfallberge und die Umweltbelastung der Wirtschaft. Der grösste Anteil davon (73 Prozent) entsteht im Ausland. Mit der Umstellung auf eine ressourceneffiziente und nachhaltige Wirtschaft sollen Umweltprobleme wie Klimawandel, Urwaldabholzung und Überfischung bekämpft und natürliche Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Die Wegwerfwirtschaft soll deshalb langfristig durch eine Kreislaufwirtschaft abgelöst werden, die auf langlebige und umweltfreundliche Produkte setzt und Abfälle als Rohstoffe wiederverwendet.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Grünen im Herbst 2012 die Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft eingereicht. Ziel der Initiative ist, die Umweltbelastung der Schweiz bis ins Jahr 2050 auf ein global verträgliches Mass zu reduzieren. Nur so können wir langfristig unsere Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand erhalten. Die Initiative ermöglicht, das Umweltschutzgesetz aus dem Jahr 1983 zu modernisieren. Damit wird verhindert, dass die Schweiz umweltpolitisch ins Hintertreffen gerät. Die Initiative schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze, fördert Qualität und Innovation und hilft den Konsument/innen dank Wiederverwertung und Reparatur Kosten zu sparen.

Der Bundesrat hat den Handlungsbedarf erkannt und der Initiative als Gegenvorschlag die Revision des Umweltschutzgesetzes gegenüber gestellt.<sup>1</sup> Der Gegenvorschlag ist trotz grossem Engagement von Bundesrätin Doris Leuthard und breiter Unterstützung (IG Detailhandel und weitere Wirtschaftsverbände, 25 Kantone) im Parlament gescheitert. Die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» kommt am 25. September 2016 zur Abstimmung.

Grüne Wirtschaft weltweit im Trend

Der UN-Gipfel Rio+20 zur Nachhaltigen Entwicklung hat die Grüne Wirtschaft offiziell auf die internationale Agenda gesetzt. Daran anknüpfend hat die Europäische Union im Dezember 2015 ein «Massnahmenpaket Kreislaufwirtschaft» verabschiedet. Sie will damit die Wettbewerbsfähigkeit steigern, Arbeitsplätze schaffen und ein nachhaltiges Wachstum erreichen.<sup>2</sup> Ziel ist es, eine maximale Wertschöpfung und Nutzung aller Rohstoffe, Produkte und Abfälle zu erreichen, Energieeinsparungen zu fördern und die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren.

---

<sup>1</sup> <http://www.bafu.admin.ch/wirtschaft/15556/15610/index.html?lang=de>

<sup>2</sup> [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-15-6203\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6203_de.htm)



Auch in der Schweiz besteht hierzu ein grosses Potenzial. Das hat auch Economiesuisse 2012 im Dossier «Green Economy» erkannt: «Die Schweiz muss sich für Green Economy starkmachen und so auch die Positionierung der Schweizer Wirtschaft stärken. [...] Für die Schweizer Wirtschaft ergibt sich unter dem Stichwort Green Economy ein Wachstumsfeld.» Konsequenterweise wurde die Initiative für eine Grüne Wirtschaft bei ihrer Lancierung auch positiv beurteilt: «Dem Vorschlag der Grünen muss man in seiner offenen Formulierung Sympathie entgegenbringen. Mit dieser Initiative versuchen sie echte Probleme zu lösen, und legen dabei Sachverstand an den Tag», sagte Economiesuisse bei der Lancierung.<sup>3</sup> Seither hat sich der Wind allerdings gedreht. Mit ihrem Widerstand gegen die Kreislaufwirtschaft distanzieren sich Economiesuisse und die angeschlossenen Verbände und Firmen von der «Vision 2050» der internationalen Unternehmer-Agenda<sup>4</sup>, welche Fussabdruck eins bis in die 2050er-Jahre anstrebt. Auch die EU und weitere Länder verfolgen diesen Weg. Zudem will die EU bis 2050 die Treibhausgas-Emissionen um 80 Prozent reduzieren.<sup>5</sup> Finnland ist bereits seit 2013 auf dem gleichen Kurs, den die Initiative vorschlägt, und hat sich zusätzlich noch ehrgeizigere Ziele gesteckt: eine CO<sub>2</sub>-neutrale Gesellschaft bis 2050.<sup>6</sup>

## DIE INITIATIVE

---

### Der Inhalt der Initiative

Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft basiert auf Selbstverantwortung und Subsidiarität und sie würde gemäss den in der Verfassung verankerten Prinzipien der Proportionalität sowie der Freiheit des Handels und der Industrie umgesetzt. Nur wenn die von Bundesrat und Parlament gesetzten Ziele mit den vorhandenen Instrumenten nicht erreicht werden, kann der Bund weitere Massnahmen zur Förderung einer ressourceneffizienten und nachhaltigen Wirtschaft vorschlagen und damit für alle Unternehmen die gleichen Wettbewerbsbedingungen schaffen. Dazu sollen bewährte umweltpolitische Instrumente pragmatisch und wirkungsorientiert weiterentwickelt werden, um auch den ökologischen Rucksack von Importen zu berücksichtigen und in der Schweiz weitere Verbesserungen zu ermöglichen. Weil eine Verfassungsinitiative keine detaillierten Regelungen in Kraft setzen kann, unterliegen alle Umsetzungsschritte dem normalen Gesetzgebungsprozess.

---

<sup>3</sup> <http://www.nzz.ch/economiesuisse-sympathisiert-mit-den-gruenen-1.11715274>

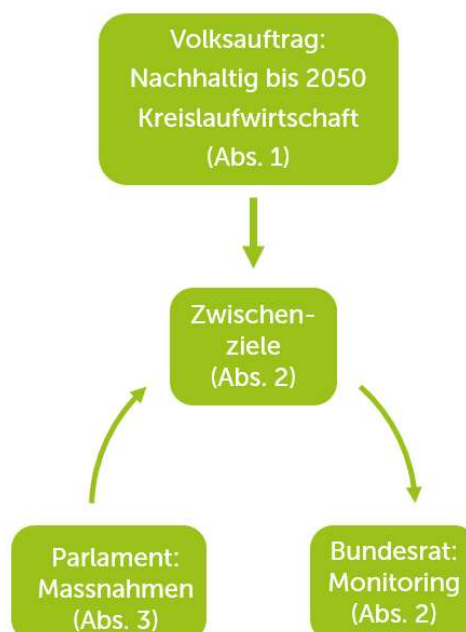
<sup>4</sup> <http://www.wbcsd.org/home.aspx>

<sup>5</sup> [http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2050/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2050/index_de.htm)

<sup>6</sup> [http://www.ym.fi/en-us/the\\_environment/Sustainable\\_development](http://www.ym.fi/en-us/the_environment/Sustainable_development)

Zusammenfassend steht die Initiative für:

- **Grüne Wirtschaft:** Die Initiative verankert die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft und der nachhaltigen Ressourcennutzung und damit das Ziel, Rohstoffe wo immer möglich wiederzuverwenden bzw. zu recyceln, erstmals in der Verfassung. Sie setzt auf die konsequente Förderung und Weiterentwicklung zukunftsfähiger Produktions- und Dienstleistungsprozesse von Ecodesign bis zur Sharing Economy.
- **International abgestützter Zielpfad:** Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft will die Umweltbelastung bis 2050 auf ein global verträgliches Mass senken, um Klimawandel, Urwaldabholzung, Überfischung und Abfallberge rechtzeitig zu bekämpfen. Auch die EU und andere Länder wollen bis 2050 in den natürlichen Grenzen des Planeten wirtschaften.
- **Konkrete Zwischenziele und regelmässige Berichterstattung:** Die Initiative verankert die nachhaltige Ressourcennutzung in der Verfassung. Die Umsetzungsschritte unterliegen dem normalen Gesetzgebungsprozess. Der Umbau zu einer Grünen Wirtschaft erfolgt Schritt für Schritt und wird anhand messbarer Zwischenziele überprüft. Massnahmen müssen nur ergriffen oder verstärkt werden, wenn Ziele aus eigener Kraft nicht erreicht werden.
- **Pragmatischer und subsidiärer Lösungsansatz:** Zu den möglichen Umsetzungsinstrumenten der Initiative gehören die Stärkung der Forschung und Innovation sowie von Synergien zwischen Wirtschaftsakteuren. Möglich sind auch gezielte Unterstützungen für Produkte und Produktionsprozesse, Umweltstandards für Importe oder Recycling-Quoten für wertvolle Materialien. Anreize können über die öffentliche Beschaffung oder haushaltsneutrale Abgaben auf natürliche Ressourcen geschaffen werden. Diese Instrumente sind bereits erprobt und bewährt.





Volksabstimmung ist gewinnbar

Das Komitee will mit seiner Kampagne sowohl die ökologische Notwendigkeit als auch die wirtschaftlichen Chancen einer nachhaltigeren Wirtschaft aufzeigen. Mehr Umweltschutz trifft in der Bevölkerung auf eine breite Zustimmung. Die Annahme der Initiative gibt ausserdem wichtige Impulse für zukunftsfähige Arbeitsplätze, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sowie Kosteneinsparungen durch mehr Energie- und Materialeffizienz. Konsument/innen profitieren von der Initiative dank Produkten mit längerer Lebensdauer und besseren Reparatur- und Wiederverwertungsmöglichkeiten. Die Initiative ist sowohl im Eigeninteresse unseres Landes als auch ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber unseren Enkelkindern.

Weitere Infos fortlaufend auf [www.gruenewirtschaft.ch](http://www.gruenewirtschaft.ch).